



MFG
BADEN-WÜRTTEMBERG

MFG Medien- und Filmgesellschaft
Baden-Württemberg mbH
Filmförderung

Breitscheidstraße 4
70174 Stuttgart

Telefon: +49 711 90715-400
Telefax: +49 711 90715-450
E-Mail: kinoforderung@mfg.de

<http://film.mfg.de>

Antrag auf Verzicht auf in 2022 fällige Darlehens- rückzahlungen aus Kino-Innovationsdarlehen zum 30.04.2022

Fördernehmer*in und Antragsteller*in

Firma	Rechtsform
Name, Vorname rechtsverbindlich zeichnende Geschäftsführer*in o.ä.	Name, Vorname Ansprechpartner*in (falls abweichend)
Straße	
PLZ, Ort	
E-Mail	Telefon

Projekt Nr.	Name des Filmtheaters, Ort	Höhe der fälligen Rückzahlung

Summe: _____

Hiermit wird der Verzicht der o.g. in 2022 fälligen Rückzahlungen aus gewährten Kino-Innovationsdarlehen beantragt.

Diese Maßnahme soll vorrangig als De-minimis-Förderung realisiert werden.

Sollte die vom Gesetzgeber für De-minimis-Förderungen definierte Beihilfeobergrenze von insgesamt 200.000 € im Bewilligungsjahr und in den beiden vorangegangenen Jahren durch die von Ihnen in Anlage A angegebenen De-minimis-Beihilfen einschließlich des wie vorstehend angegebenen Gesamtbetrages auf Verzicht aller in 2022

fälligen Rückzahlungen aus gewährten Kino-Innovationsdarlehen überschritten werden, kann ein derartiger Verzicht alternativ ganz oder teilweise auf Grundlage der „Fünfte Geänderte Bundesregelung Kleinbeihilfen 2020“ erfolgen.

Die vom Gesetzgeber definierte Beihilfeobergrenze für alle auf Grundlage der „Bundesregelung Kleinbeihilfen 2020“ in den jeweils gültigen Fassungen seit 2020 gewährten Kleinbeihilfen beträgt insgesamt € 2.300.000,-.

Sollten beide definierten Beihilferahmen überschritten werden, kann ein Verzicht auf die Rückzahlung/en nur in Teilen bzw. gar nicht erfolgen. In diesem Fall ist die Stundung des Betrages der Rückzahlung/en, auf die nicht verzichtet werden kann, bis zum 31.12.2022 möglich; in diesem Fall würde der sich so ergebende Betrag, auf dessen Rückzahlung nicht verzichtet werden kann, automatisch ohne dass es einer weiteren Benachrichtigung bedarf zum 01.01.2023 zur Rückzahlung fällig.

Hiermit wird versichert, dass für das antragsstellende Unternehmen die Beihilfeobergrenze aller auf Grundlage der „**De-Minimis-Verordnung**“ **gewährten und/oder beantragten Beihilfen** i.H.v. 200.000,- € für das laufende sowie die zwei vorangegangenen Jahre gemäß der von mir **beigefügten Anlage A**,

nicht ausgeschöpft ist.

ausgeschöpft ist.

Mit der hier wie o.a. beantragten Gesamtsumme aufs Rückzahlungsverzicht wird die Beihilfeobergrenze i.H.v. 200.000,- €

nicht überschritten.

überschritten.

Falls

- die o.g. Beihilfeobergrenze der De-Minimis-Verordnung gemäß Ihrer Anlage A bereits ausgeschöpft ist
- **und/oder** mit der vollen Summe des hier beantragten Verzichts überschritten würde, wird hiermit der o.a. Verzicht auf Rückzahlung/en ganz oder in Höhe des übersteigenden Betrags auf Grundlage der „**Fünfte Geänderte Bundesregelung Kleinbeihilfen 2020**“ beantragt.

Ja

Nein

Falls mit „Ja“ geantwortet wurde, wird hiermit versichert, dass für das antragsstellende Unternehmen die Beihilfeobergrenze aller auf seit 2020 gewährten und beantragten Kleinbeihilfen im Sinne der „**Fünfte Geänderte Bundesregelung Kleinbeihilfen 2020**“ i.H.v. 2.300.000,- € gemäß der **beigefügten Anlage B** und einschließlich der hier wie o.a. beantragten Gesamtsumme auf Verzicht

nicht überschritten wird.

überschritten wird.

Falls zutreffend, ist mir/uns bekannt, dass hierfür ggf. weitere Auskünfte zu erteilen und/oder Dokumente nachzureichen sind.

Ja

Nein

Sofern die Höchstgrenzen sowohl der „De-Minimis-Verordnung“ als auch der „Fünfte Geänderte Bundesregelung Kleinbeihilfen“ gemäß den beigefügten Anlagen A und B einschließlich der hier wie o.a. beantragten Gesamtsumme auf Verzicht überschritten werden, wird hiermit eine Stundung der übersteigenden Beträge der in 2022 fälligen Rückzahlungen beantragt.

Ja

Nein

Es ist mir/uns bekannt, dass hierfür ggf. weitere Auskünfte zu erteilen und/oder Dokumente nachzureichen sind.

Ja

Nein

Ort/Datum

Rechtsverbindliche Unterschrift(en)
und Firmenstempel

Erklärung des/der Antragsteller*in zu „Unternehmen in Schwierigkeiten“

Anträge bei der MFG können nicht bewilligt werden, wenn Sie / Ihr Unternehmen sich in Schwierigkeiten gemäß Artikel 2 Abs. 18 der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung (Verordnung (EU) Nr. 651/2014 der Kommission vom 17. Juni 2014 zur Feststellung der Vereinbarkeit bestimmter Gruppen von Beihilfen mit dem Binnenmarkt in Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union, Amtsblatt der Europäischen Union L 187 vom 26.6.2014, S. 1.) (AGVO) befindet.

Ja, ich/wir befinde/n mich/uns in Schwierigkeiten.

Falls Sie mit „JA“ geantwortet haben :

Ja, ich/wir habe/n mich/uns am 31.12.2019 in Schwierigkeiten gemäß Artikel 2 Abs. 18 der AGVO befunden

Nein, ich/wir habe/n mich/uns am 31.12.2019 **nicht** in Schwierigkeiten gemäß Artikel 2 Abs. 18 der AGVO befunden

Nein, ich/wir befinde/n mich/uns **nicht** in Schwierigkeiten.

Ort/Datum

Rechtsverbindliche Unterschrift(en)
und Firmenstempel

Sonstige Erklärungen und Zusicherungen des/der Antragsteller*in

Der/die Antragsteller*in erklärt und versichert, dass

- die einschlägigen Bestimmungen der AGVO in der zum Zeitpunkt der Antragsstellung gültigen Fassung bekannt sind und eingehalten werden, insbesondere dass der/die Antragsteller*in kein Unternehmen gemäß Art. 1 Abs. 2 bis 5 der AGVO ist und keine Rückforderungsanordnungen an den/die Antragsteller*in aufgrund eines früheren Beschlusses der Kommission zur Feststellung der Unzulässigkeit einer gewährten Beihilfe und ihrer Unvereinbarkeit mit dem Binnenmarkt ergangen sind oder aber der/die Antragsteller*in solchen Rückforderungsanforderungen vollständig nachgekommen ist/sind;
- die beantragte Maßnahme nicht gegen die Verfassung oder gegen Gesetze verstößt;
- es sich bei der beantragten Maßnahme nicht um ein Industrie-, Werbe- oder Imagefilme o.ä. Projekt handelt;
- die Kosten der beantragten Maßnahme branchenüblich und nach dem Grundsatz sparsamer Wirtschaftsführung kalkuliert sind;
- die einschlägigen Bestimmungen der De-minimis-Verordnung und der „Fünfte geänderte Bunderegelung Kleinbeihilfen 2020“ bekannt sind und eingehalten werden;
- er/sie davon Kenntnis genommen hat, dass alle Angaben des Antrags auf Rückzahlungsverzicht und/oder Stundung von fälligen Darlehensrückzahlungen (einschließlich seiner Anlagen A und B), von denen die Bewilligung, Gewichtung, Weitergewährung oder das Belassen der Förderung abhängig sind, subventionserheblich im Sinne des § 264 Strafgesetzbuch i.V.m. § 1 Landessubventionengesetz sind. Diese Tatsachen und die Strafbarkeit eines Subventionsbetruges sind bekannt;
- er/sie damit einverstanden ist, dass alle sich aus den Antragsunterlagen ergebenden persönlichen und sachlichen Daten in automatisierten Verfahren, Dateien und Akten oder sonstigen amtlichen Zwecken dienenden Unterlagen gespeichert und allen am Verfahren Beteiligten zur Kenntnis gegeben werden;
- ihm/ihr bekannt ist, dass die Antragsunterlagen Eigentum der MFG Medien- und Filmgesellschaft Baden-Württemberg mbH werden und auch im Fall der Ablehnung des Antrags keine Rücksendung der Antragsunterlagen nebst Anlagen erfolgt.

Ort/Datum

Rechtsverbindliche Unterschrift(en)
und Firmenstempel

Erklärung zum Datenschutz

Ich/wir bestätigen, dass ich/wir die für die weitere Bearbeitung des Antrags notwendigen Daten, insbesondere auch personen- und/oder firmenbezogene Daten, laut Antrag nebst allen Anlagen und Ergänzungen freiwillig zur Verfügung stelle(n).

Dies gilt auch hinsichtlich aller weiteren Daten, die ich/wir in diesem Zusammenhang künftig (z.B. Ergänzungen, Aktualisierungen oder sonstige Nachreichungen zum Förderungsantrag) übermitteln werde(n).

Ich/wir willige(n) ein, dass diese Daten ganz oder zum Teil von der MFG gespeichert werden.

Weiterhin willige(n) ich/wir ein, dass alle sich aus den Antragsunterlagen ergebenden persönlichen und sachlichen Daten in automatisierten Verfahren, Dateien und Akten oder sonstigen amtlichen Zwecken dienenden Unterlagen gespeichert und gleich wie den Antragsunterlagen selbst nebst allen Anlagen und jeweiligen Nachreichungen und Ergänzungen im Rahmen der satzungsmäßigen Aufgaben der MFG verwendet und/oder publiziert (z.B. Branchenverzeichnisse) und allen am Verfahren Beteiligten (einschließlich der von der MFG Filmförderung eingeschalteten Experten und den von der MFG im Zusammenhang mit der Bearbeitung des Antrages/Abwicklung der Förderung beauftragten Dritten wie z.B. der PwC) zur Kenntnis gegeben werden können.

Insbesondere erkläre(n) ich/wir mich/uns damit einverstanden, dass Daten wie Name, Anschrift, in 2022 fällige Rückzahlungen, Höhe des beantragten und gewährten Verzichts, alle in den Anlagen A und/oder B aufgeführten Beihilfen nebst angegebenen Details etc. an andere (insbesondere, ohne jedoch darauf beschränkt zu sein, filmfördernde) Stellen und/oder die Gesellschafter der MFG weitergegeben werden können.

Die MFG behält sich ferner vor, die Förderung des Vorhabens durch eine Pressemitteilung bekanntzugeben, in der der Name des geförderten Antragstellers, in 2022 fällige Rückzahlungen, Höhe des beantragten und gewährten Verzichts genannt sind, es sei denn, der/die Antragsteller*in widerspricht dem ausdrücklich.

Die MFG ist im Förderungsfalle aufgrund EU-rechtlicher Vorgaben verpflichtet, den Namen/die Firma des/der Antragsteller*in, die Art der Förderung, den Förderungsbetrag, den Tag der Gewährung, die Art des Unternehmens (KMU/großes Unternehmen), die Region in der der/die Antragsteller*in angesiedelt ist (auf NUTS-Ebene 2), sowie den Hauptwirtschaftszweig in dem der/die Antragsteller*in tätig ist (auf Ebene der NACE-Gruppe) auf einer Website zu veröffentlichen; ich/wir erklären uns mit den vorstehend benannten Veröffentlichungspflichten der MFG ausdrücklich einverstanden.

Ort/Datum

Rechtsverbindliche Unterschrift(en)
und Firmenstempel

Ich/wir versichern die Richtigkeit und die Vollständigkeit aller Angaben in diesem Antrag und seinen Anlagen. Ich/wir verpflichte/n mich/uns Änderungen oder Ergänzungen zu sämtlichen in diesem Antrag und seinen Anlagen, insbesondere der vor- und nachstehenden Erklärungen und Versicherungen enthaltenen Angaben der MFG Baden-Württemberg mbH unverzüglich mitzuteilen, sofern sie mir/uns vor der Zusage des hier beantragten Verzichts bekannt werden.

Ort/Datum

Rechtsverbindliche Unterschrift(en)
und Firmenstempel